

# Neue Koalitionen – Alte Verbindungen

Aus Sicht der Regierung war die Opposition am Runden Tisch gut aufgehoben. Folgerichtig mauerte man sowohl hinsichtlich der Auflösung des MfS-Nachfolgers „Amt für Nationale Sicherheit“, als auch hinsichtlich der Offenlegung des wirtschaftlichen Zustands der DDR und anderer Informationspflichten. Der Protest des Runden Tisches in seiner vierten Sitzung am 27. Dezember wurde mit der Forderung komplettiert, die geplante Errichtung eines Verfassungsschutzes bis zu den Wahlen auszusetzen. Am 8. Januar, in der fünften Sitzung des Runden Tisches, war die Geduld der Opposition angesichts der Hinhaltepolitik von Modrows Emissären endlich erschöpft und es kam zu einem Ultimatum. Zwar erschien Modrow nicht, wie verlangt, am Runden Tisch. Aber die dort artikulierte Stimmung konnte er nicht mehr ignorieren. Nach der „Antifaschistischen Manifestation“ vom 3. Januar waren viele misstrauisch geworden und argwöhnten Restauration. Wohl erklärte Modrow am 11. Januar der Volkskammer noch seine Entschlossenheit zur Gründung eines neuen Geheimdienstes und eines Verfassungsschutzes. Unter dem Eindruck von Straßendemonstrationen und Warnstreiks und angesichts der Bedenken seiner Koalitionspartner musste er am 12. Januar einlenken. Am 15. Januar versicherte er persönlich auch dem Runden Tisch, Abstand zu nehmen von seinen ursprünglichen Plänen.

Das Warnsignal vom Runden Tisch hatte gewirkt – die organisierende Kraft eines „politischen Vetos“ war einer der wenigen Pluspunkte für die Gesamtbilanz einer machtlosen Einrichtung. Modrow, der nun gelernt hatte, die am Runden Tisch geleimten Bürgerbewegungen genau dann ernster nehmen zu müssen, wenn sie auf Unterstützung von draußen rechnen konnten, bot ihnen in derselben Sitzung die Mitwirkung bei den Regierungsgeschäften an. Als dann am Abend des 15. Januar die MfS-Zentrale in der Normannenstraße in Berlin von Demonstranten gestürmt wurde, war auch das Machtmonopol der SED obsolet und damit auch die Souveränität der von Modrow geführten Regierung noch weiter ausgehöhlt.

Die Blockparteien der Koalitionsregierung (besonders die CDU) gingen mit zunehmender Schwäche der SED-PDS auf Distanz zu ihr. Die „Erneuerung“ der „Blockflöten“ begann Früchte zu tragen: Sie stimmten sich auf die gesamtdeutsche Melodie ein. Und die Opposition? Die am 13. Januar zur „SPD“ umbenannte SDP begann nach dem Kurswechsel ihrer westlichen Genossen deren Kurs zu steuern, noch ohne die Wiedervereinigung zu ihrer Sache zu erklären. Der *Demokratische Aufbruch* erwärmte sich für baldige, umfangreiche Reprivatisierungen, die Wiedervereinigung und die legale Ausgrenzung der ehemaligen Bündnispartner aus dem Parlament. Die Mehrheit der verbleibenden Bürgerbewegungen versuchten, sich rechtzeitig und weit genug vom diskreditierten „Sozialismus“ abzusetzen.

*Aus der Erklärung des Neuen Forums vom 16. Dezember '89:*

Es wird an einem neuen Wahlgesetz gearbeitet, und wir hören von den alten und neuen Parteien, daß in der nächsten Volkskammer nur noch Parteien vertreten sein

**Sieben neue Strategien der SED-PDS**

**AUFGESPIESST** →

**5. STRATEGIE**  
Rechtsradikale und Neofaschisten gefährden unsere Demokratisierung. Es gab sie vorher so nicht. Wir brauchen einen neuen Sicherheitsdienst zu ihrer Abwehr.

**6. STRATEGIE**  
Die neuen Gruppierungen haben keine Fachleute für die anstehenden Aufgaben.

**7. STRATEGIE**  
Die neuen Gruppen haben für die Wahl die gleichen Chancen wie die SED-PDS.

**Bedenkt:** Die SED-PDS schlachtet konkrete Vorkommnisse politisch aus, um ihre eigene Position wieder zu stärken und die alten Stasi-Praktiken neu zu beleben. Wir erinnern daran: Die neuen Gruppierungen distanzieren sich aufs schärfste von allen neofaschistischen und rechtsradikalen Tendenzen.

**Bedenkt:** Wohin haben die „Fachleute“ in der SED-PDS unser Land gebracht? Und wie überheblich muß eine Partei sein, die behauptet, außerhalb ihrer gäbe es keine Fachkompetenzen.

**Bedenkt:** Die SED-PDS ist weiterhin im vollen Besitz von Zeitungen, einem eigenen Telefonnetz, einem bezahlten Funktionärsapparat, von notwendiger Technik und bislang nicht offengelegter Geldmittel. Die neuen Gruppierungen besitzen fast nichts, und das wenige muß hart erstritten werden.

**Die SED trägt die Hauptverantwortung, daß Millionen Menschen seit der Gründung der DDR unser Land verlassen haben. Wir kämpfen nicht gegen Menschen, aber gegen eine Politik, die ein menschenverachtendes Regime geschaffen und jahrzehntelang gestützt hat. Lassen wir die SED-PDS so weitermachen, dann wird der Exodus verstärkt weitergehen.**

**Unterzeichner:** „Arche“ in der Grünen Liga / Autonome Fraueninitiative  
Beratergruppe Dom / Demokratischer Aufbruch  
Demokratie Jetzt / Grüne Partei  
Kath. Koordinierungsgruppe / NEUES FORUM  
Sozialdemokratische Partei

Magdeburg, den 8.1.1990

Nach neofaschistischen Schmierereien am Sowjetischen Ehrenmal in Treptow mobilisierten SED/PDS, die Regierungsparteien und verschiedene linke Gruppen etwa 250.000 Menschen zu einer Protestkundgebung am 3. Januar 1990. Die Regierung nutzte dieses Ereignis zur Rechtfertigung ihrer Pläne für einen neuen Geheimdienst. Daraufhin verschärfen sich Anfang Januar die Konflikte mit den Oppositionsgruppen.

Foto unten: Das Präsidium der Kundgebung mit Außenminister Oskar Fischer, UdSSR-Botschafter W. I. Kotschemassow, Staatschef Manfred Gerlach, SED/PDS-Chef Gregor Gysi



sollen. Wenn nur über Parteilisten gewählt wird, hat der Bürger keinen Einfluß auf die Person, die ihn vertreten soll. Das bedeutet Parteiendiktatur. Wir halten das für eine Einschränkung der Demokratie. Im Statutenentwurf des Neuen Forum steht: „Mandate des Neuen Forums in Volksvertretungen können nur von Mitgliedern des Neuen Forums wahrgenommen werden, die keiner Partei angehören.“ Diese Formulierung stellt eindeutig klar, daß es im Neuen Forum keine Schlepmandate für andere politische Parteien geben wird.

*Gemeinsame Erklärung der sechs neuen politischen Vereinigungen vom 3. Januar 1990:*

Vertreterinnen und Vertreter der am Runden Tisch verhandelnden Parteien und Bürgerbewegungen *Demokratischer Aufbruch, Demokratie jetzt, Initiative Frieden und Menschenrechte, Neues Forum, Sozialdemokratische Partei und Vereinigte Linke* erneuerten heute

gemeinsam anzutreten, um die bisher regierenden politischen Kräfte abzulösen. Es wurde vereinbart, die bestehenden Kontakte auszubauen und baldmöglichst den Wählerinnen und Wählern ein gemeinsames Wahlprogramm und gemeinsame Kandidaten vorzustellen.

*Aus der Vorstandserklärung des Demokratischen Aufbruchs vom 7. Januar 1990:*

Der Vorstand geht nach wie vor davon aus, daß Mandate nur von Parteien vergeben werden können. Alle Verhandlungen werden in diesem Sinne geführt. Der Vorstand bekräftigt seine Haltung zum Beschluß des Parteitag, daß die Partei auf der Basis ihrer politischen Strategie bereit ist, Wahlbündnisse mit anderen neuen demokratischen Parteien einzugehen. ... Es muß darauf hingewiesen werden, daß die *Vereinigte Linke* sich davon schon teilweise distanziert hat.